

**Aus FAZ 24.08.2013**

## **Rot markiert Auszüge von Herrn Grote, Jühnde**

### **Die Ökostrom-Lobbyisten**

24.08.2013 · Die Ökostrom-Förderung hat eine große Koalition von Profiteuren geschaffen. Das Geld machte aus einem Projekt der Ökos eines der Besitzstandswahrer - und aus Investoren Überzeugte.

Von Johannes Pennekamp

[Artikel](#) [Bilder \(2\)](#) [Lesermeinungen \(67\)](#)



© Pilar, Daniel  Obenauf: Zuerst kämpfte Johannes Lackmann gegen Atomkonzerne, heute macht er mit seinen Bürgerwindparks gute Geschäfte

Die Energiewende ist angekommen in den Herzkammern des Kapitalismus. Manfred Kittelmann, „Managing Director“ der Renewable Energy Capital Partners GmbH, empfängt im Frankfurter Westend-Carree, einem Bürokomplex im Schatten der Bankentürme. Kittelmann, großgewachsen, grauer Anzug, hat das Unternehmen Anfang des Jahres mit seinem Geschäftspartner Peter Brumm gekauft. Management-Buyout heißt so ein Kauf im Vokabular der Geschäftsleute. Die Investoren haben in den vergangenen beiden Jahren nach eigenen Angaben knapp eine halbe Milliarde Euro in sieben Solarparks investiert. Das größte Projekt der Frankfurter ist der Solarpark Finow in Brandenburg. Mit 60 Megawatt Leistung gehörte er zu den größten in Europa. „2011 war in Deutschland die Gelegenheit günstig, in Photovoltaik zu investieren“, sagt Kittelmann.

Er legt nicht sein eigenes Geld an. Das Eigenkapital für die Großprojekte liefern Versicherungen, die auf Rendite hoffen, und der Rest kommt von Banken. Zehn verschiedene Versicherungsgruppen stecken hinter den Fonds, welche es genau sind, verrät Kittelmann nicht. Das Geschäftsmodell des 50 Jahre alten Investors wirft ein Schlaglicht auf das, was die Energiewende mittlerweile ist: ein gigantisches Geschäft, eine Förder- und Umverteilungsmaschinerie, die allein in diesem Jahr mehr als 20 Milliarden Euro ausschüttet. Sie schafft unzählige Profiteure, die direkt oder indirekt Ökostromsubventionen kassieren und wenig Interesse daran haben, dass sich daran etwas ändert.

Der Wunsch nach Rendite hält die Energiewende in Schwung. Durch ein weitverzweigtes System rinnt die Ökostromförderung und landet auch da, wo man es nicht zuerst vermutet. Denn an Kittelmanns Solarparks verdienen nicht nur sein Unternehmen, die Solaranlagenbauer und die Versicherungskonzerne. Auch Hunderttausende Versicherte, die vielleicht eine Unfallversicherung abgeschlossen haben, eine Riesterrete oder eine Police gegen Hochwasser besitzen. Das Ausmaß der Geldanlagen in der Ökostrombranche ist groß: Allein Europas größter Versicherer Allianz hatte im vergangenen Jahr im Bereich der erneuerbaren Energien 1,3 Milliarden Euro investiert. Hinzu kam noch einmal eine Milliarde für Energie-Infrastruktur, darunter ein umfangreiches Engagement im norwegischen Gasnetz. Die Munich Re, der größte Rückversicherer der Welt, plant diese Investments auf der Welt bald auf 2,5 Milliarden Euro zu verdoppeln.

## **Ein Lobbyist, der einst auf die Barrikaden ging**

Johannes Lackmann, der umtriebige Geschäftsführer der Westfalenwind GmbH, hätte nicht gedacht, dass die Entwicklung so schnell gehen würde - dass das einstige Ökopjekt in kurzer Zeit zum Milliardengeschäft wird.

Lackmann, heute 62 Jahre alt, ist keiner aus der Welt des Geldes. Der sportliche Mann war einst in Brokdorf gegen die Atomkraftwerke auf die Barrikaden gegangen, dort wollten sie den Energiemarkt „redemokratisieren“, den mächtigen Atomkonzernen etwas entgegensetzen. Mitte der neunziger Jahre begann der Paderborner dann mit Gleichgesinnten in seiner Heimat damit, Bürgerwindparks zu bauen. Die Szene der Ökos und Tüftler, die in dieser Zeit auf Energie aus Sonne und Wind gesetzt haben, war klein. Man kannte sich. Manche sind auf die Nase gefallen und haben ihr Geld verloren. Und andere haben Karriere gemacht, so wie Lackmann - oder der Windkraftanlagenbauer Aloys Wobben. Schon 1984 gründete er seinen Betrieb, heute setzt er mit der Enercon GmbH Milliarden um.

Johannes Lackmann, der Erziehungswissenschaften und auch Elektrotechnik studiert hat, vernetzte Energiepioniere wie Aloys Wobben miteinander und wurde dann zu einem ihrer Sprachrohre. Zuerst in einem regionalen Verband von Windmüllern, ab 1999 als Präsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energien (BEE). Man darf sich diesen Verband, der heute in Berlin-Mitte residiert, in dieser Zeit noch nicht sonderlich professionell vorstellen. „Wir hatten ein Jahresbudget von 45.000 Mark, ich habe das ehrenamtlich gemacht“, erinnert sich Lackmann. Eine umgebaute Scheune, in der er noch heute sein Büro hat, wurde vorübergehend zum Sitz der Interessenvertretung.



© Fiechter, Fabian  Nun auch ein Freund der Sonne: Manfred Kittelmann, Fondsmanager, im Frankfurter Westend-Carree

Als Lobbyist - Lackmann selbst benutzt lieber das Wort „Politikberater“ - hat der Windkraftpionier in dieser Zeit aus nächster Nähe miterlebt, wie die milliardenspuckende Fördermaschine geschaffen wurde, wie sie sich in Gang gesetzt hat. Und wie sie schließlich nicht mehr aufzuhalten war. Der Plan für das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) habe in der Anfangsphase der Schröder-Regierung kaum jemanden gekümmert, erzählt er. Die großen Energieversorger hätten das Gesetzesvorhaben aus der Öko-Ecke gar nicht ernst genommen. Und das Wirtschaftsministerium hatte andere Sorgen. In den Büros von gerade einmal vier Abgeordneten - der prominenteste war der 2010 verstorbene Sozialdemokrat Hermann Scheer - seien wesentliche Teile des Gesetzes erarbeitet worden. Und ihm, Lackmann, standen viele Türen offen.

Es sei darum gegangen, den Ausbau der Erneuerbaren zu fördern und mit sinkenden Fördersätzen Anreize für technische Innovationen zu setzen. An eine ausufernde Förderpraxis oder daran, dass sich einmal findige Geschäftsleute eine goldene Nase verdienen könnten, habe niemand gedacht. „99 Pfennig für eine Kilowattstunde Solarstrom, dabei sollte es natürlich nicht bleiben.“ Das war der Anfangsfördersatz. Wälzt man heute die Statistiken, erkennt man, dass es lang dabei geblieben ist: Eine Solaranlage, die 2011 in Betrieb war, wurde mit rund 40 Cent pro Kilowattstunde vergütet, also immer noch mit etwa 80 Pfennig. Erst jetzt sinken die Sätze spürbar. Das Essener Forschungsinstitut RWI hat ausgerechnet, dass die in den vergangenen zwölf Jahren installierten Solaranlagen insgesamt 100 Milliarden Euro verschlingen - finanziert zu einem großen Teil von allen Privathaushalten. Eine Industrie, die auf eigenen Beinen steht, sie sieht anders aus.

## **Mächtige Allianz am Tropf der EEG-Förderung**

Manfred Kittelmann hatte ursprünglich nicht vor, in dieser Branche zu arbeiten. Dass es so kam, ist geschäftlichem Kalkül geschuldet. Ende der neunziger Jahre heuerte Kittelmann bei einer großen Fondsgesellschaft an, dort sollte er sich um Leasinggeschäfte kümmern. Die Geschäfte liefen nicht wie erhofft, darum stand er vor der Wahl: „Entweder suche ich mir ein

neues Geschäftsfeld, oder ich gehe.“ Der Volkswirt stieß auf die erneuerbaren Energien, denen damals noch etwas Exotisches anhaftete. Kittelmann fiel auf, wie unprofessionell Windpark- und Solarprojekte von den Öko-Pionieren angegangen wurden - ohne „due diligence“, ohne sorgfältige Prüfung der Risiken.

Da schlummerte Potential, erkannte Kittelmann und stieg ein. Als er in den ersten Jahren zu den Branchentreffen gefahren ist, war er einer der wenigen Anzugträger. „Heute können Sie da nicht mehr ohne Anzug hingehen“, sagt er.

Über die Motivation der meisten Großinvestoren hat Kittelmann eine klare Vorstellung: „Eine angemessene Rendite, ein stabiler Cash-Flow, die Zusagen für die Kunden erfüllen.“ Dass man dem Klima Gutes tue, sei für den Großteil ein angenehmer Nebeneffekt. Er selbst bezeichnet sich mittlerweile als „Überzeugungsinvestor“. Es sei bedauerlich, dass immer nur über die Kosten der Energiewende gesprochen werde. „Dass es eigentlich darum geht, den Klimawandel einzugrenzen - was nicht kostenneutral möglich sein wird -, ist leider aus dem Blick geraten.“ Die EEG-Sätze jetzt zu kürzen, hält er für falsch. Das steigern die Risiken für Investoren und erhöhe damit die Kosten der Energiewende, anstatt sie zu reduzieren.

In der kurzen Zeit von 15 Jahren, in denen Kittelmann nun der Branche angehört, hat sich die mächtige Allianz derer gebildet, die am Tropf der EEG-Förderung hängen. Bundesumweltminister Peter Altmaier war bis heute der Letzte, der Widerstand gegen die Lobby geprobt hat. Anfang des Jahres preschte der CDU-Mann mit seinem Vorschlag zur Strompreisbremse vor. Sogar in der Vergangenheit zugesagte Förderungen wollte er kürzen. Es dauerte wenige Tage, dann ruderte er zurück. Nach der Wahl soll das Thema wieder auf die Tagesordnung.

Doch beim Blick in die Wahlprogramme dämmert es: Egal, welche Parteien am 22. September gewinnen - niemand wird an den Grundfesten des EEG rütteln. Warum sollte etwa die FDP den Versicherungen, Fondsmanagern, Anwälten und 450.000 Handwerksbetrieben, die sich in ihren Verbandsbroschüren als „Ausrüster der Energiewende“ vermarkten, einen Strich durch die Rechnung machen? Warum sollte die CDU es sich mit den Kommunen, die mehr Gewerbesteuern kassieren, verscherzen, warum mit Kirchen und Großgrundbesitzern, die als Verpächter von Windparkflächen profitieren? Welches Interesse sollte die CSU in Bayern haben, ihren Besitzern von rund 375.000 Solaranlagen das Geschäft zu verderben. Und warum sollte das Bundesland, dessen Bewohner durch die EEG-Umverteilung 1,2 Milliarden Euro vom Rest der Republik kassieren, einer harten EEG-Novelle zustimmen?

Johannes Lackmann haben solche Fragen schon vor mehreren Jahren umgetrieben. „Die gesamte politische Spitze steht hinter der Entwicklung, konservative Wirtschaftsverbände sind mittlerweile auf diese Linie eingeschwenkt, und Berater wie Roland Berger sagen der Branche die gleiche wirtschaftliche Bedeutung voraus wie der Autoindustrie heute“, schrieb der BEE-Präsident am 21. November 2007. Es war sein letztes Schreiben in dieser Funktion.

## **„Es ging um Besitzstandswahrung“**

Lackmann fand, er habe seine Aufgabe als Türöffner erledigt - und er vermisste in der Branche die Bereitschaft, sich jetzt für sinkende Fördersätze starkzumachen, die die Innovationsanreize hoch halten - so wie, es geplant war. „Es ging mehr und mehr um Besitzstandswahrung“, bemängelt er.

Lackmann will nicht falsch verstanden werden. Er befinde sich nicht im Streit mit seinen alten Mitstreitern und er sei nicht grundsätzlich gegen Subventionen, nur gebe es „Speck, der abgeschnitten werden kann“, es müsse bei den Förderungen nachjustiert werden, damit falsche Anreize verschwinden. Wenn er an Leute denke, die einfach abkassieren und im dicken Wagen vorfahren, da werde ihm schlecht.

## Ästhetische Windräder

Otto Grote empfängt standesgemäß. Der stuckverzierte Raum ist mit Holz vertäfelt, das Wappen über dem Kaminsims zeigt ein stolzes Pferd. Der gastfreundliche Freiherr, der ein Gut in der niedersächsischen Gemeinde Jühnde bewohnt, legt einen Ordner auf den Tisch. Pläne für sein Windradprojekt. Der Mann besitzt Felder und Wälder so groß wie 1750 Fußballplätze. Eine Anhöhe am Ortsrand hat er schon lange als Standort für einen Windpark im Auge. Vor einem Jahrzehnt hätte es beinahe mit dem Bau geklappt, doch damals machte ihm die Lokalpolitik einen Strich durch die Rechnung. „Dieses Mal sieht es besser aus“, sagt Grote, der Windräder als ästhetisch empfindet.

Ein Windkraft-Projektierer will fünf moderne Anlagen vom Typ E101, das steht für 101 Meter Rotordurchmesser, auf die Fläche setzen. „Ende des Jahres kann es losgehen, wenn alles glattläuft“, sagt der Freiherr. Profitieren würden viele: Die Bürger, die in eine der Anlagen investieren. Die Bauern, die Gemeinde, die Kirche, die hier alle Land besitzen.

Weitere Artikel

- [An der Börse ist der Strom billig - für Privatkunden nicht](#)
- [Deutsche finden Energiewende schlecht organisiert](#)
- [Kommentar: Die Deutschen überhören, was die Energiewende kostet](#)

Aber vor allem würde Grote selbst kassieren, ihm gehören 82 Prozent der Flächen, um die es geht. Je Windkraftanlage ist in der Region eine Mindestvergütung von 20.000 Euro je Jahr üblich. Weht der Wind wie erhofft, sind 20 Prozent mehr für die Verpächter drin. Für eine Neiddebatte hat der Großgrundbesitzer aber kein Verständnis: „Wenn es jemanden stören sollte, die Hälfte meiner Einnahmen geht an das Finanzamt. Wie viel darf man denn auf dem freien Markt als Verpächter für Standorte erneuerbarer Energien verdienen, ohne aus Missgunst geteert und gefedert zu werden?“

Johannes Lackmann steht auf der Anhöhe nahe Paderborn. Tausend Windräder sehe man am Horizont, schätzt Lackmann. Im Großen und Ganzen sei die Energiewende ein riesiger Erfolg, die Redemokratisierung des Energiemarktes sei vorangekommen. Der Windkraftpionier führt zu der einzig verbliebenen Anlage des ersten Bürgerwindparks, den er hier Mitte der neunziger Jahre errichtet hat. Das war ein Projekt von Weltverbesserern. Ein paar Meter weiter ragen die neusten Modelle mehr als 100 Meter in den Himmel, sie gehören zu einem Bürgerwindpark, den Lackmanns Westfalenwind GmbH errichtet hat. Die Geschäfte laufen gut. „Ich habe nie behauptet, dass Grüne kein Geld verdienen dürfen“, sagt er. Jede Umdrehung eines Rotorblattes spült ein paar Cent in der Tasche eines Investors - Ceent, Ceent, Ceent.